



Niederschrift

5. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin: Mittwoch, 17.08.2011
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:15 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Hansen, Arne

Herr Behm, Joachim

Herr Sass-Olker, Hans-Jürgen

Herr Brauer, Sven-Hilmer

Frau Glage, Annette

Herr Plambeck, Ole-Christopher

Herr Schulz, Dietmar

Frau von der Mühlen, Dagmar

Herr Wochnowski, Karlfried

Frau Lange, Ulla

Frau Marcussen, Rita

Herr Nawratil, Reinhold

Herr Schenk, Dieter

Herr Kretschmer, Verbandsvorsteher WZV

Herr Höppner, WZV

Herr Anders, SVG

Herr Busch, Gerd-Rainer

Herr Dieck, Claus Peter

Herr Gutenschwager, Arne

Herr Kaldewey, Jürgen

Frau Lessing, Edda

Herr Schnabel, Wolfgang

Herr Hartmann, FDL Räumliche Planung und Entwickl.,
Denkmalpfl., Denkmalschutz, Regionalman.

Vertretung für: Herrn Bülow, René

Vertretung für: Herrn Florschütz,
Mario

Vertretung für: Herrn Grawitter, Hans
Kreissenjorenbeirat

KT-Abg. als Gast bis 19:00 Uhr (TOP
3.1)

KT-Abg. als Gast bis 19:00 Uhr (TOP
3.1)

KT-Abg. als Gast bis 19:30 Uhr (TOP
3.2)

KT-Abg. als Gast bis 19:15 Uhr (TOP
3.1)

KT-Abg. als Gast bis 19:00 Uhr (TOP
3.1)

KT-Abg. als Gast bis 19:30 Uhr (TOP
3.2)

Herr von Anshelm, FDL Wasser-Boden-Abfall
Herr Dr. Westphal, Regionalmanagement
Herr Hartmann, Wasser-Boden-Abfall
Herr Eickstädt, Protokollführer

Abwesende:

Herr Bülow, René	entschuldigt
Herr Florschütz, Mario	entschuldigt
Herr Blechschmidt, Danny	entschuldigt
Herr Dutsch, Wolfgang	entschuldigt
Herr Grawitter, Hans, Kreissenjorenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Formalien
- 1.1 Genehmigung der Tagesordnung
- 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.05.2011
- 2 Einwohnerfragestunde I
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
- 3.1 Verlängerung der Aufgabenübertragung Abfallentsorgung auf den WZV und Zustimmung zum Antrag auf Verlängerung der Aufgabenübertragung vom WZV auf die WZV-Entsorgungsgesellschaft
Vorlage: DrS/2011/023
- 3.2 Optimierung des Busliniennetzes in der Region Boostedt / Rickling
- 3.3 Optimierung des ÖPNV-Angebotes zwischen Klein Rönna und Bad Segeberg
- 3.4 Großer Segeberger See: Ergebnisse des Seeuntersuchungsprogrammes des Landes
- 3.5 Windenergiekataster / Nutzung der Windkraft im Kreis Segeberg
- 3.6 Erstellung eines Biogasanlagen-Katasters
Antrag Fraktion B90/Die Grünen
Vorlage: DrS/2011/049
- 4 Berichte der Verwaltung
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen

5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Formalien

zu 1.1 Genehmigung der Tagesordnung

Es werden keine Änderungen zur Tagesordnung vorgebracht. Damit ist diese genehmigt.

zu 1.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.05.2011

Herr Sass-Olker verweist auf den Punkt Anregungen für die nächste Sitzung. Im Protokoll sei vermerkt, dass er vorgeschlagen habe, dass sich der Ausschuss mit dem Kreislaufwirtschaftsgesetz befassen könne. Er wolle jedoch sichergestellt haben, dass sich der Ausschuss wirklich damit befasse. Dies sagt der Vorsitzende zu. In diesem Zusammenhang weist Herr Kretschmer auf die Fachtagung des WZV zu diesem Thema im September hin.

Mit der Anmerkung von Herrn Sass-Olker wird die Niederschrift genehmigt.

zu 2 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Verlängerung der Aufgabenübertragung Abfallentsorgung auf den WZV und Zustimmung zum Antrag auf Verlängerung der Aufgabenübertragung vom WZV auf die WZV-Entsorgungsgesellschaft Vorlage: DrS/2011/023

Der Vorsitzende dankt zunächst dem WZV und der Verwaltung für die Beantwortung der im Vorwege eingereichten Fragen. Daneben weist er daraufhin, dass Herr Oberbürgermeister Grote zu der Thematik ergänzt habe, dass der Vertrag mit der Stadt Norderstedt analog verlängert werden sollte. Herr Sass-Olker führt aus, dass der WZV die Abfallentsorgung für Privathaushalte durchführe und die WZV-Entsorgungsgesellschaft für gewerbliche Kunden. Er bittet um eine Stellungnahme, inwieweit die Abfallentsorgung bei Privathaushalten von Mitarbeitern der Tochtergesellschaft des WZV übernommen werde, denn diese Mitarbeiter würden ein geringeres Gehalt erhalten. Dazu erläutert Herr Kretschmer zunächst die Gründung der Tochtergesellschaft. Die Touren seien in diesem Zuge nicht geändert worden. Wenn der Abfall von privaten Haushalten von Mitarbeiter der Tochtergesellschaft entsorgt werde, werde dies verrechnet. Herr Kaldewey verweist auf die Rückstellungen von 35 Mio. Euro und fragt, wie diese abgesichert seien und ob Rückstellungen über Wertpapiere abgesichert seien. Dazu führt Herr Kretschmer aus, dass es sich dabei um die Deponierückstellungen handle. Diese seien am Geldmarkt angelegt, aber ausschließlich in sicheren Anlageformen. Herr Schnabel weist anschließend daraufhin, dass der vom Vorsitzenden angesprochene Vertrag mit der Stadt Norderstedt von dem Vertrag, der heute beraten werde, unabhängig sei. Herr von Anshelm ergänzt dazu, dass dieser darüber hinaus noch mit der Stadt Norderstedt und den dortigen Gremien abgestimmt werden müsse. Herr Kaldewey regt anschließend an, in Punkt 3 des Beschlussvorschlags ebenfalls das Enddatum des Vertrages einzusetzen. Hinter dem Wort "Entsorgungsgesellschaft" solle „bis 31.12.2025“ eingesetzt werden. Diesem stimmt der Ausschuss zu. Darüber hinaus regt er an, die Formulierung für die Kündigungsfrist zu ändern. Herr von Anshelm bittet jedoch, es bei der bisherigen Formulierung zu belassen. Diesem folgt der Ausschuss. Herr Sass-Olker beantragt

anschließend in § 5 einen neuen Abs. 2 mit folgender Formulierung einzufügen: „Unter den Voraussetzungen des Abs. 1 können beide Vertragsparteien zum 31.12.2031 eine vorzeitige Vertragsaufhebung verlangen.“ Diesem stimmt der Ausschuss zu. Abschließend verweist Herr Kaldey auf eine Stellungnahme des Bundesrates, wonach die Aufgabenübertragung auch zukünftig möglich sein solle. In der Vorlage stehe jedoch, dass dies nicht mehr möglich sein werde. Dazu erläutert Herr Kretschmer, dass der Bundestag dieses abgelehnt hätte und somit die Gefahr bestehe, dass diese Regelung weg falle.

Der Ausschuss verständigt sich anschließend darauf, dass in den Beschlussvorschlag ein Passus aufgenommen werden solle, dass der Vertrag mit der Stadt Norderstedt analog angepasst werden solle. Danach stellt der Vorsitzende den Beschlussvorschlag mit den besprochenen Änderungen zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss befürwortet eine Verlängerung des Vertrages vom 01.09.1999 zur Übertragung der Aufgabe Abfallentsorgung auf den Wege-Zweckverband der Gemeinden des Kreises Segeberg bis zum 31.12.2050. Der Ausschuss stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf mit der besprochenen Änderung zu.
2. Der Vertrag zur Regelung der Rechtsverhältnisse für die Zentraldeponie Damsdorf/Tensfeld vom 04.09.1999 soll so geändert werden, dass im § 2 Absatz 4. der erste Satz ersatzlos gestrichen wird. Der Ausschuss stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf zu.
3. Dem Antrag auf Verlängerung der Aufgabenübertragung nach § 16 Abs.2 KrW-/AbfG vom WZV auf seine WZV-Entsorgungsgesellschaft bis 31.12.2025 wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen dem Antrag ebenfalls zuzustimmen.
4. Der Ausschuss befürwortet eine analoge Verlängerung des Vertrages vom 17.08.1999 mit der Stadt Norderstedt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: -

Pause von 19:00 Uhr – 19:15 Uhr.

zu 3.2 Optimierung des Busliniennetzes in der Region Boostedt / Rickling

Der Vorsitzende weist einleitend daraufhin, dass zu diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt heute kein Beschluss gefasst werden solle. Es gehe nur um eine Vorabinformation für die Sitzung am 14.09. Danach berichtet Herr Anders von der SVG dem Ausschuss mittels einer PowerPoint Präsentation zur Optimierung des Busliniennetzes in der Region Boostedt / Rickling. Seine Präsentation ist dem Protokoll angefügt. Herr Dr. Westphal erläutert auf Nachfrage von Frau Marcussen, dass diese Optimierung noch nicht im Budget für 2012 enthalten sei. In der nächsten Woche finde die Detailplanung bei der SVG statt und der Entwurf des Budgets solle bis zum 31.08. vorliegen. Frau Marcussen verweist auf die Möglichkeit ein Anrufsammeltaxi bereitzustellen und evtl. eine Linie, welche nicht stark nachgefragt sei, wegfallen zu lassen. Dazu führt Herr Anders aus, dass es darum gehe, die Nachfrage durch Angebotsverbesserungen zu erhöhen. Bei einem Anrufsammeltaxi bestehe zusätzlich die Gefahr, dass dieses deutlich teurer werde, wenn es angenommen werde.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Anders zur Kenntnis.

zu 3.3 Optimierung des ÖPNV-Angebotes zwischen Klein Rönau und Bad Segeberg

Herr Anders stellt dem Ausschuss die Überlegungen zur Optimierung des ÖPNV-Angebotes zwischen Klein Rönau und Bad Segeberg vor. Seine Präsentation dazu ist dem Protokoll angefügt. Herr Dr. Westphal merkt dazu an, dass die dargestellten Überlegungen zur Verlegung der Buslinie 411 in die Eutiner Straße zu einer Verschlechterung des ÖPNV-Angebotes in Bad Segeberg westlich der Ziegelstraßen führen würden. Dazu erläutert Herr Anders, dass die Zie-

gelstraße durch den Stadtbus bereits gut bedient werde. Daneben werde die betroffene Haltestelle von nicht mehr als drei Personen täglich genutzt. Der Ausschuss dankt für die gegebenen Informationen und nimmt diese zur Kenntnis.

zu 3.4 Großer Segeberger See: Ergebnisse des Seeuntersuchungsprogrammes des Landes

Herr Gerhard Hartmann stellt dem Ausschuss mittels einer PowerPoint Präsentation die Ergebnisse des Seeuntersuchungsprogramms des Landes vor. Diese ist dem Protokoll angefügt. Dabei weist er insbesondere auf die Vergrößerung der Gefahr von Bodenerosionen hin, wenn es zu weiterem Maisanbau komme. Die Gefahr vervierfache sich dadurch. Der Ausschuss dankt für die Vorstellung der Ergebnisse und nimmt diese zur Kenntnis.

zu 3.5 Windenergiekataster / Nutzung der Windkraft im Kreis Segeberg

Der Vorsitzende erläutert, dass die CDU-Fraktion beantragt habe, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Daneben informiert er, dass aktuell das Anhörungsverfahren für die Teilfortschreibung der Regionalpläne laufe. Stellungnahmen könnten bis zum 15.11.11 abgegeben werden. Herr Hartmann ergänzt dazu, dass die aktuelle Teilfortschreibung der Regionalpläne auf dem 2009 erstellten Windkataster aufbaue. Eine erneute Überarbeitung des Windkatasters mache daher zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Vielmehr müsse es jetzt darum gehen, die konkreten Vorschläge des Landes zu prüfen und ggf. Anregungen dazu vorzubringen. Zu den vom Land übersandten Entwürfen erläutert er, dass das Land den Flächenvorschlägen des Kreises Segeberg nur teilweise gefolgt sei. Es seien im Rahmen des Windkatasters 12 Flächen mit insgesamt ca. 1.350 ha vorgeschlagen worden. Das Land sei jedoch hiervon nur 5 Vorschlägen gefolgt und habe zwei eigene Flächenvorschläge eingebracht. Zusammen sind im Entwurf jetzt ca. 670 ha Eignungsflächen vorgesehen (bisher 342 ha), was immer noch eine Verdoppelung der bisherigen Flächen bedeute.

Die CDU-Fraktion verweise darauf, dass das Windkataster des Kreises lediglich 0,78 % der Kreisfläche als Eignungsgebiete vorsehe, wogegen als Zielsetzung des Landes ein Anteil von 1,5 % der Landesfläche angestrebt werde. Hierzu verweist Herr Hartmann darauf, dass es sich bei der Teilfortschreibung der Regionalpläne um eine landesweite Planung handle mit der Zielsetzung eines landesweiten Flächenanteils von 1,5 % über alle Kreise. Aufgrund der naturgemäß unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Kreisen ist es zwangsläufig, dass hierbei einige Kreise einen überdurchschnittlichen Anteil und einige Kreise einen unterdurchschnittlichen Anteil an Eignungsflächen aufweisen. Für den Kreis Segeberg mit seiner Lage im Verdichtungsraum Hamburg sei - ebenso wie für die anderen Hamburg-Randkreise - ein geringerer Anteil an Eignungsflächen gerechtfertigt, während die Küstenkreise einen deutlich höheren Anteil hätten. Entscheidend sei, dass über das ganze Land gesehen die angestrebten 1,5 % der Landesfläche erreicht würden. Dies sei der Fall. Landesweit seien mit den Teilfortschreibungen aller fünf Regionalpläne jetzt Flächen in einem Umfang von insgesamt 22.736 ha entsprechend 1,44 % der Landesfläche ausgewiesen (bisher: 12.000 ha, 0,8 % der Landesfläche).

Zum Zeitplan führt er aus, dass vorgesehen sei, dass der Kreistag in seiner Sitzung am 10.11. seine Stellungnahme abgebe. Vor diesem Termin sei eine gemeinsame Sitzung des UNK-Ausschusses mit dem WRI-Ausschuss vorgesehen. Der WRI-Ausschuss habe dafür den 26.10. vorgesehen. Der Ausschuss dankt Herrn Hartmann für die gegebenen Informationen, nimmt diese zur Kenntnis und erklärt sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

zu 3.6 Erstellung eines Biogasanlagen-Katasters Antrag Fraktion B90/Die Grünen Vorlage: DrS/2011/049

Der Vorsitzende erläutert den vorliegenden Antrag seiner Fraktion und verweist darauf, dass es für diesen Bereich bisher kein Kataster, wie beispielsweise für Windkraft, gebe. Ihm sei auch bewusst, dass der Kreis selbst hier keine planerischen Steuerungsmöglichkeiten habe, sondern allenfalls die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung, sofern es sich um eine nicht-privilegierte Anlage handle. Es gehe mit dem Kataster insbesondere darum, den Flächenbedarf der Anlagen und dessen räumliche Verteilung im Kreis zu verdeutlichen und den Gemeinden als

Abwägungsmaterial zur Verfügung zu stellen. Weiterhin verweist er noch einmal auf die von Herrn Hartmann (Wasserbehörde) dargestellten Auswirkungen eines verstärkten Maisanbaus. Herr Brauer spricht sich in diesem Zusammenhang dafür aus, einen entsprechenden Sachverständigen in den Ausschuss einzuladen oder mal eine entsprechende Anlage zu besichtigen. Herr Hartmann (Planung) führt anschließend aus, dass die wesentlichen Daten für ein Kataster vorlägen, diese aufzubereiten müsse jedoch mit den vorhandenen Personalressourcen umsetzbar seien. Auch er betont noch einmal, dass die Einwirkungsmöglichkeiten des Kreises bei Null liegen würden. Zum aktuellen Stand berichtet er, dass es im Kreis aktuell 28 Anlagen gebe, davon sei die Hälfte privilegiert, d.h. ohne planerische Steuerung durch die Standortgemeinde genehmigt worden. Seit dem 30.07. seien jedoch durch die sog. „Klimaschutznovelle“ zum Baugesetzbuch die Privilegierungstatbestände für Biogasanlagen noch einmal deutlich erweitert worden, so dass nach heutiger Gesetzeslage von den bestehenden Anlagen im Kreis nur noch 3 Anlagen nicht privilegiert und damit planerisch steuerbar seien. Bezüglich des Katasters könne er heute anbieten, dass die vorhandenen Daten grafisch aufbereitet werden und dieses dem Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt werde. Diesem Vorschlag folgt der Ausschuss einstimmig.

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Der Ausschuss stimmt dem vom WRI-Ausschuss vorgeschlagenen Termin für die gemeinsame Sitzung am 26.10.11 zu.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Eickstädt
(Protokollführer)